

WÖCHENTLICHE NACHRICHTENZUSAMMENFASSUNG

KW 13

27.03.2017

QUELLE:



ZUSAMMENFASSUNG

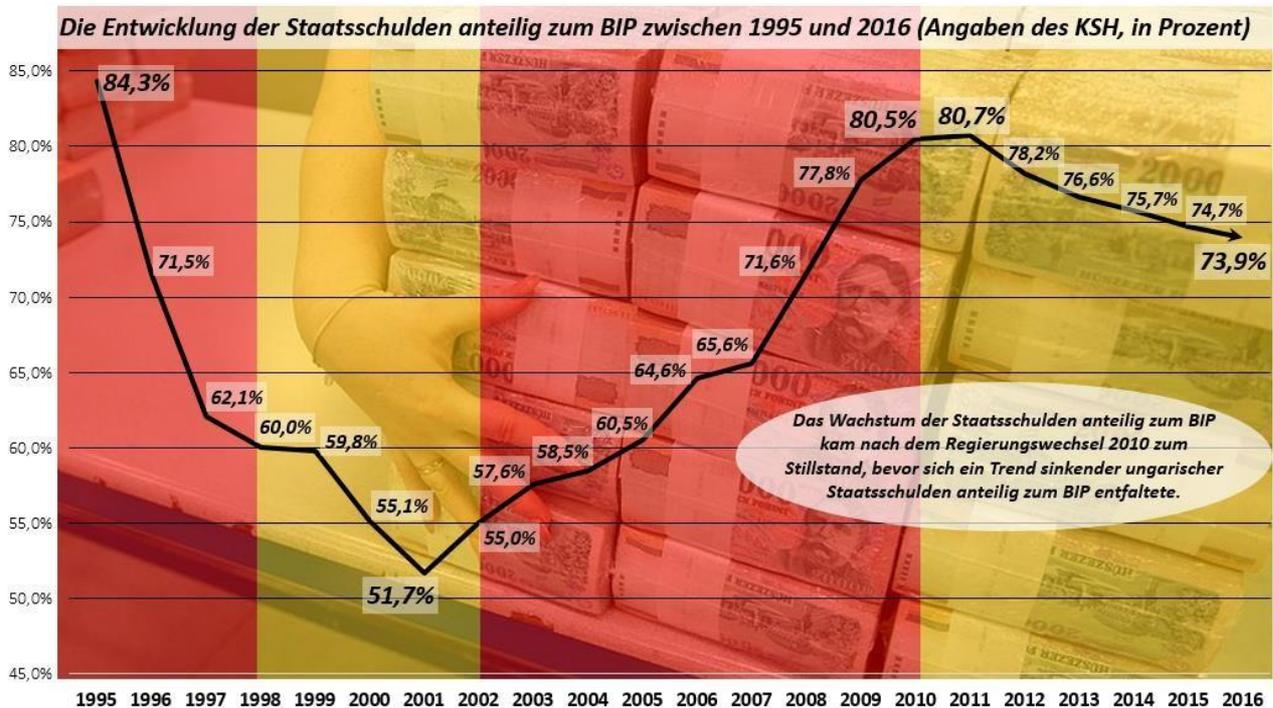
- **ERTRÄGE UM NULL PROZENT AUF DEM MARKT DER SCHATZBRIEFE.** Seit Anfang 2017 bewegt sich der Ertrag für die kurzfristigen ungarischen Schatzbriefe auf den Auktionen um null Prozent, in der vergangenen Woche fiel die Mindestrendite bei der Auktion für dreimonatige Diskontschatzbriefe auf ein früher nie erlebtes Niveau von minus 0,01 Prozent.
- **STEIGENDE LÖHNE UND HAUSHALTSEINNAHMEN.** Der Staatshaushalt hat die ersten beiden Monate des Jahres mit einem Überschuss von 180,4 Milliarden Forint beendet und damit den günstigsten Saldo der letzten reichlich anderthalb Jahrzehnte erzielt. Ausgehend von diesen Zahlen zeichnet sich ab, dass die Maßnahmen der sechsjährigen Vereinbarung von Steuersenkungen und Lohnerhöhungen bereits wirken, die im vergangenen November getroffen wurde.
- **DIE UNGARN SIND UNZUFRIEDEN MIT DER FÜHRUNG IN BRÜSSEL, WOLLEN ABER NICHT DEN AUSTRITT AUS DER EU.** Zwei Drittel der Ungarn (66 Prozent) meinen, die Dinge in Europa gehen in eine falsche Richtung, sechs von zehn Befragten (56 Prozent) wiederum sind unzufrieden mit der Führung der Europäischen Union in Brüssel, geht aus einer Meinungsumfrage des Nézópont-Instituts für die Tageszeitung „Magyar Idők“ hervor. Wie die Erhebung aus Anlass des 60. Jubiläums der Unterzeichnung der Römischen Verträge zeigt, geht die Kritik an Brüssel nicht einher mit einer Ablehnung der EUMitgliedschaft: Sieben von zehn Befragten (73 Prozent) sind der Auffassung, unser Land sollte nicht aus der Europäischen Union austreten.
- **LÁSZLÓ BOTKA GEHT MIT FRÜHER SCHON EINMAL GESCHEITERTEN PLÄNEN ZU STEUERERHÖHUNGEN IN DEN WAHLKAMPF.** László Botka versucht die Popularität der MSZP mit ideologiebasierten sozialen Versprechungen zu steigern, von denen sich in der Vergangenheit sowohl im Ausland als auch hierzulande gleichermaßen herausstellte, dass diese der Volkswirtschaft eines Landes nur Schaden zufügen und die Lasten der Bevölkerung deutlich erhöhen. Die Person von László Botka brachte somit keine Erneuerung, weshalb im Verlauf des Wahlkampfes mit Elementen der gleichen Rhetorik gerechnet werden darf, wie wir diese aus der Zeit der Regierungen Medgyessy, Gyurcsány und Bajnai bereits zur Genüge kennen.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Erträge um null Prozent auf dem Markt der Schatzbriefe

Seit Anfang 2017 bewegt sich der Ertrag für die kurzfristigen ungarischen Schatzbriefe auf den Auktionen um null Prozent, in der vergangenen Woche fiel die Mindestrendite bei der Auktion für dreimonatige Diskontschatzbriefe auf ein früher nie erlebtes Niveau von minus 0,01 Prozent.

Das gegenwärtige Ertragsniveau ist dem Umstand zuzuschreiben, dass die Zentrale zur Verwaltung der Auslandsschulden ein neues Auktionssystem testete, bei dem die Anleger nicht länger hinsichtlich der erwarteten Rendite, sondern auf den Kurswert bezogen Angebote unterbreiten sollten. Wer also in der Praxis die Staatspapiere zu einem Kurs über 100 Prozent erwarb, erhielt vom Schuldenverwalter eine negative Rendite.



In den vergangenen Monaten wurde das Ertragsniveau in erster Linie dadurch gedrückt, dass die überflüssige Liquidität der Banken wegen des Selbstfinanzierungsprogramms der Ungarischen Nationalbank (MNB) zunehmend aus den Positionen der Notenbank gedrängt wurde, woraufhin die Banken ebenfalls als Kunden auf dem Markt der Staatspapiere in Erscheinung traten. Nachdem diese ihr Geld früher auf drei Monate bei der MNB anlegten, kommen für die Banken nun in erster Linie die kurzfristigen Diskontschatzbriefe als alternative Anlageform in Frage.

Infolge der niedrigen Zinsen muss der ungarische Staat immer weniger für die Schuldenfinanzierung aufbringen, was neben sinkenden Staatsschulden eine weitere Zunahme im Spielraum des Staatshaushaltes erwarten lässt. Ungarns wirtschaftliche Selbstständigkeit wird noch dadurch gesteigert, dass der Devisenanteil innerhalb der Schuldenstrukturen laufend abnimmt, so dass die Finanzierung des Landes immer weniger von ausländischen Anlegern abhängt.

Steigende Löhne und Haushaltseinnahmen

Der Staatshaushalt hat die ersten beiden Monate des Jahres mit einem Überschuss von 180,4 Milliarden Forint beendet und damit den günstigsten Saldo der letzten reichlich anderthalb Jahrzehnte erzielt. Ausgehend von diesen Zahlen zeichnet sich ab, dass die Maßnahmen der sechsjährigen Vereinbarung von Steuersenkungen und Lohnerhöhungen bereits wirken, die im vergangenen November getroffen wurde.

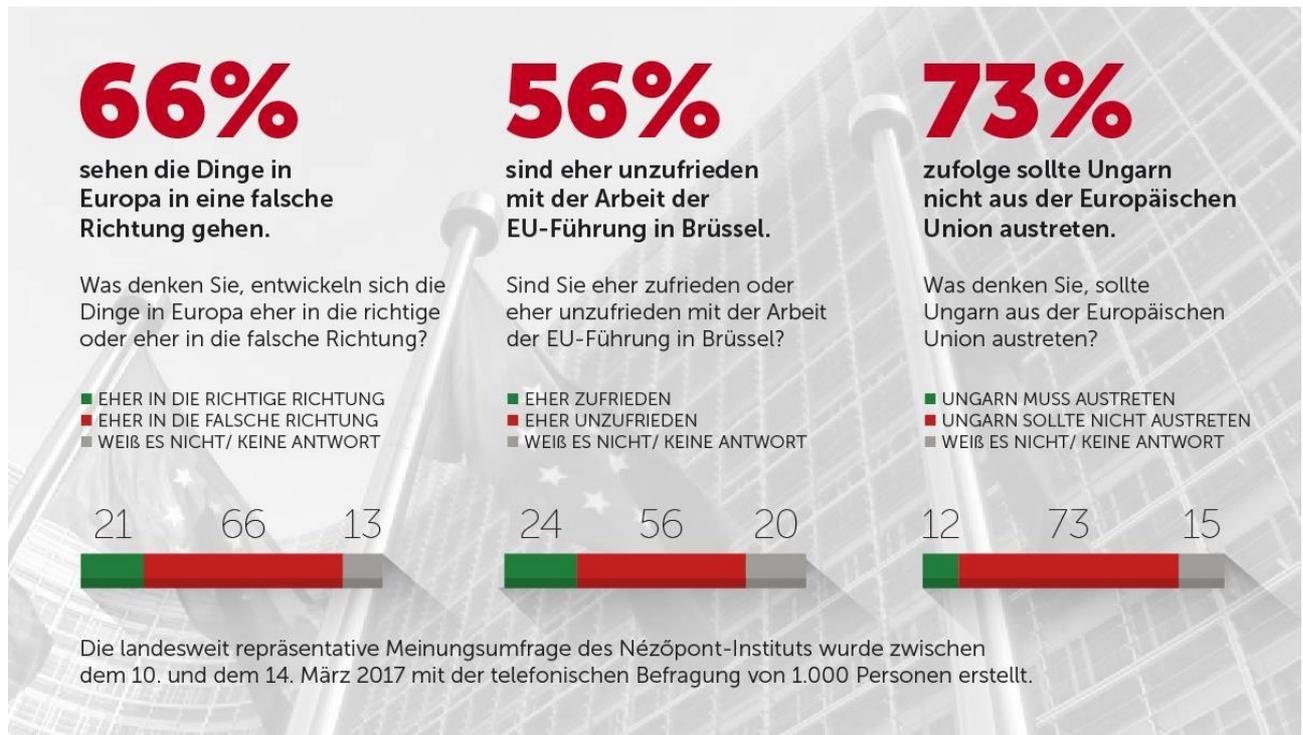
Im Januar 2017 legten die Bruttodurchschnittslöhne gemessen am identischen Vorjahreszeitraum um 10 Prozent zu. Dieses Wachstum wurde durch die Anhebung des Mindestlohns um 15 Prozent und des garantierten Lohnminimums für Fachkräfte um 25 Prozent ebenso getragen, wie durch Gehaltskorrekturen auf weiteren Gebieten des öffentlichen Dienstes – so unter anderem in Arbeitsbereichen des Gesundheitswesens und der Kultur. Der Anstieg der Nettolöhne stimmte mit dem durchschnittlichen Anstieg der Bruttolöhne überein.

Dank der Lohnerhöhungen kann mit einem steigenden Privatverbrauch gerechnet werden, der zu einem fortgesetzten Anstieg der Steuereinnahmen führen dürfte und somit zur weiteren Verbesserung des Haushaltssaldos beitragen wird. Nach den Erwartungen des Wirtschaftsministeriums erscheint im Übrigen das nach EU-Standards vorgegebene Defizitziel von 2,4 Prozent für 2017 realistisch und mit Sicherheit erfüllbar.

AUßENPOLITIK, AUßENWIRTSCHAFT

Die Ungarn sind unzufrieden mit der Führung in Brüssel, wollen aber nicht den Austritt aus der EU

Zwei Drittel der Ungarn (66 Prozent) meinen, die Dinge in Europa gehen in eine falsche Richtung, sechs von zehn Befragten (56 Prozent) wiederum sind unzufrieden mit der Führung der Europäischen Union in Brüssel, geht aus einer Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts für die Tageszeitung „Magyar Idők“ hervor. Wie die Erhebung aus Anlass des 60. Jubiläums der Unterzeichnung der Römischen Verträge zeigt, geht die Kritik an Brüssel nicht einher mit einer Ablehnung der EU-Mitgliedschaft: Sieben von zehn Befragten (73 Prozent) sind der Auffassung, unser Land sollte nicht aus der Europäischen Union austreten.



Nach Ansicht von zwei Dritteln (66 Prozent) der erwachsenen Gesamtbevölkerung entwickeln sich die Dinge in Europa eher in eine falsche Richtung, während gerade einmal ein Fünftel der Befragten (21 Prozent) das Gegenteil davon glaubt. Am ehesten gespalten in dieser Frage sind die Sympathisanten der linken Parteien (MSZP, DK, Együtt, PM, Liberale), doch selbst in diesem Lager sind 57 Prozent unzufrieden mit der Lage in Europa und nur 40 Prozent einer positiven Auffassung.

Das lässt sich auf die Unzufriedenheit mit der Führung der Europäischen Union in Brüssel zurückführen, denn in dieser Hinsicht zeigen sich knapp sechs von zehn Befragten (56 Prozent) unzufrieden. Auch in dieser Frage wieder sind die Sympathisanten des linken Lagers gespalten, wobei selbst in ihrem Kreis kaum mehr Personen mit der Brüsseler Führung zufrieden (48 Prozent), als unzufrieden (44 Prozent) sind.

Sieben von zehn Befragten (73 Prozent) sind im Übrigen der Meinung, dass Ungarn nicht aus der Europäischen Union austreten sollte. In dieser Frage sind am ehesten die Anhänger der Jobbik gespalten – früher hatte unter den Parlamentsparteien allein die Jobbik die Mitgliedschaft unseres Landes in der Gemeinschaft zurückgewiesen –, doch selbst in diesem Lager befinden sich die Befürworter der EU-Mitgliedschaft in einer überwältigenden Mehrheit (72 Prozent) gegenüber den

Anhängern eines Austritts (24 Prozent). Die durch eine Mehrheit der Magyaren formulierte Brüsselkritik geht somit nicht einher mit einer Ablehnung der Mitgliedschaft des Landes in der Europäischen Union.

Methodik

Die telefonische Meinungsforschung des Nézőpont-Instituts erfolgte im Zeitraum 10.-14. März 2017 mit der Befragung von 1.000 Personen. Die Umfrage erwies sich in Bezug auf die Bevölkerung über 18 Jahren nach Geschlecht, Alter, Region, Siedlungstyp und Schulabschluss als repräsentativ. Im Falle einer Stichprobe von 1.000 Personen ergibt sich eine maximale Fehlertoleranz von 3,2 Prozent.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

László Botka geht mit früher schon einmal gescheiterten Plänen zu Steuererhöhungen in den Wahlkampf

László Botka versucht die Popularität der MSZP mit ideologiebasierten sozialen Versprechungen zu steigern, von denen sich in der Vergangenheit sowohl im Ausland als auch hierzulande gleichermaßen herausstellte, dass diese der Volkswirtschaft eines Landes nur Schaden zufügen und die Lasten der Bevölkerung deutlich erhöhen. Die Person von László Botka brachte somit keine Erneuerung, weshalb im Verlauf des Wahlkampfes mit Elementen der gleichen Rhetorik gerechnet werden darf, wie wir diese aus der Zeit der Regierungen Medgyessy, Gyurcsány und Bajnai bereits zur Genüge kennen.

László Botka geht mit Forderungen einer Erhöhung der Einkommensteuer, der Einführung mehrerer Steuersätze und der Ausweitung der Vermögensteuern in den Wahlkampf. Unter dem Slogan „Die Reichen sollen zahlen“ strengt er gleich mehrere Steuererhöhungsvorschläge an, in deren Hinsicht die linksliberalen Regierungen aus der Zeit vor 2010 längst bewiesen haben, dass diese parallel zum Ausbleiben der erhofften Steuereinnahmen das Wirtschaftswachstum abwürgen.

Bekanntlich führte die damalige linksliberale Regierung 2005 eine Steuer auf Immobilien im Wert von 100 Millionen Forint aufwärts ein, woraufhin der Fiskus in Budapest im darauffolgenden Jahr gerade einmal einige zehn Millionen Forint kassieren konnte, während infolge der neuen Steuer der Immobilienmarkt bei weitem deutlicher schrumpfte. Damit aber sanken die Steuereinnahmen aus dieser Branche und infolgedessen das Wirtschaftswachstum.

Auch die Luxussteuer auf Fahrzeuge ist bereits einmal in Ungarn gescheitert, die sich die MSZP dessen ungeachtet auch ein zweites Mal auf ihre Fahnen schreibt. Die vor 2010 amtierende Regierung erhoffte sich von dieser Art Luxussteuer Einnahmen zwischen 2,5 und 4 Milliarden Forint. In Wirklichkeit fielen die sonstigen Steuereinnahmen massiv zurück, weil viele Bürger als Form der Steuervermeidung ihre Pkw im Ausland anmeldeten, während der Neuwagenmarkt gleichzeitig geschädigt wurde.

Es hat sich früher also bereits gezeigt, dass derartige Maßnahmen die Einnahmen des Staates nur minimal steigern, während sie eine neue Motivation zur Steuervermeidung bedeuten und somit schädliche Auswirkungen auf die Volkswirtschaft als Ganzes entfalten.

Neben den hiesigen belegen auch ausländische Beispiele die Sinnlosigkeit solcher Maßnahmen. Im Jahre 2012 warf der damalige Präsidentschaftskandidat der Sozialisten, François Hollande, in Frankreich die Idee der Luxussteuer im Wahlkampf auf, woraufhin der reichste Franzose die belgische Staatsbürgerschaft annahm. Eine Erhebung in London zeigte zugleich, dass im Ergebnis der Ankündigung im Sommer 2012 die Zahl jener Franzosen um 40 Prozent zunahm, die ihren Firmensitz in die britische Hauptstadt verlegten. Die Maßnahme warf obendrein das französische Wirtschaftswachstum zurück. Die Popularität des Präsidenten brach augenblicklich zusammen, sobald sich das Scheitern der ideologiebasierten und in der Realität nicht zu verwirklichenden Versprechen herausstellte, während die in Frankreich traditionell starke Sozialistische Partei auf historische Tiefstände fiel.

Die amtierende ungarische Regierung wird den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr voraussichtlich am 26. April im Parlament einreichen, in welchem Plan dank des wachsenden wirtschaftlichen Spielraums mit weiteren Steuer- und Abgabensenkungen gerechnet werden darf. In einem solchen Umfeld mit Steuererhöhungen in den Wahlkampf zu ziehen, deren Unsinn im In- und Ausland gleichermaßen belegt ist, zeigt eindeutig, dass die Person von László Botka keine Erneuerung der Linken gebracht hat. In diesem Sinne darf im Verlauf des Wahlkampfes mit Elementen der Rhetorik gerechnet werden, wie wir diese aus der Zeit der Regierungen Medgyessy, Gyurcsány und Bajnai bereits zur Genüge kennen.

PROGNOSE

- Am 28. März enden die Ermittlungen gegen die sozialistische Politikerin Szófia Havas wegen öffentlicher Negierung der Verbrechen des Kommunismus.
- Am 29. März beantragt Großbritannien den Austritt aus der EU, d. h. Premierministerin Theresa May wird an jenem Tag die Erklärung abgeben, die im Sinne von Artikel 50 des Vertrags von Lissabon für die Einleitung des Austrittsverfahrens erforderlich ist.
- Am 29. März teilt das Statistische Amt KSH die aktuellen Arbeitsmarktdaten – für den Zeitraum Dezember 2016 bis Februar 2017 – mit.
- Am 2. April finden in Serbien Präsidentschaftswahlen statt, deren aussichtsreichster Bewerber Ministerpräsident Aleksandar Vučić ist.